

I Einleitung

Nach dem Wahlkampf kommt der entscheidende Moment. Mit vollem Einsatz war für Kandidaten aus verschiedenen Bundesländern geworben worden, doch nur einer kann das Rennen für sich entscheiden. Die Stimmen werden abgegeben, dann beginnt die Auszählung. Hochrechnungen werden nicht veröffentlicht, aber es scheint knapp zu werden in diesem Jahr. Dann ist es soweit, das offizielle Endergebnis wird verkündet: Der Bundesinnenminister, Hans-Peter Friedrich, ist „Abschiebeminister“ des Jahres 2012. Das Ergebnis ist offiziell und wird über Medien verbreitet. Die Wahl wurde jedoch nicht von einem Nationalstaat ausgetragen, sondern von *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG), einer Organisation geflüchteter Jugendlicher, die selbst von Abschiebungen bedroht sind. Da die Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nicht bei der Bundestagswahl und anderen formell demokratischen Abstimmungen beteiligt werden, führen sie eine eigene Wahl durch. Ihre Wahl entspricht dabei einem negativen demokratischen Prinzip: Unerträgliche Regierende werden durch Abstimmung delegitimiert. Die geflüchteten Jugendlichen eignen sich somit demokratische Grundsätze an und stellen zugleich die Hierarchie des nationalen Demokratieregimes infrage. Während sie sonst einseitig zu Untertanen gemacht werden, sind sie im Moment der Wahl diejenigen, die das Sagen haben, die kategorisieren, beurteilen, ein Zeugnis ausstellen – und sich durch einen politischen Akt selbst zu Bürger_innen erklären.

Rund 9000 Kilometer entfernt, auf der anderen Seite des Atlantiks, kommen ebenfalls migrantische Jugendliche zusammen. Sie leben illegalisiert in den USA und gehören zur Gruppe undokumentierter Migrant_innen, von denen gesagt wird, dass sie im Schatten leben und versuchen, gesellschaftlich unsichtbar zu bleiben, um einer Inhaftierung und Abschiebung zu entgehen. Doch im März 2012 ziehen undokumentierte Jugendliche in einer von der *Immigrant Youth Coalition* (IYC) organisierten Demonstration zum zentralen Platz von Boyle Heights in Los Angeles. Sie rufen „undocumented and unafraid“ und tragen in der ersten Reihe ein Transparent mit der Aufschrift „We will no longer remain in the shadows“. Angekommen am Platz errichten sie eine öffentliche Bühne, auf der sie nacheinander das Megafon in die Hand nehmen und ihre persönliche Erfahrung als illegalisierte Jugendliche mit dem Publikum teilen. Entgegen der ihnen zugeschriebenen Position gesellschaftlicher Unsichtbarkeit werden sie durch diese Praxis zu politischen Subjekten – ein Akt, der innerhalb der Bewegung als „Coming out of the shadows“ bezeichnet wird. Diese Selbstorganisationen von migrantischen Jugendlichen und ihre politischen Interventionen in Deutschland und den USA stehen auf den folgenden Seiten im Mittelpunkt.

Ziel dieses Buches ist es, die politische Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher in verschiedenen Kontexten zu analysieren und zugleich Begriffe von Politik und Demokratie zu reflektieren. Trotz der grundverschiedenen Handlungsräume in Deutschland und den USA haben Gruppen in beiden Ländern Wesentliches gemeinsam. Sie werden von Jugendlichen getragen, die sich in einer äußerst prekären Lage befinden. Durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus sind sie von Abschiebungen bedroht und gleichzeitig werden ihnen weitere Rechte in den Aufnahmegesellschaften vorenthalten. Aus ihrer marginalisierten Position heraus entwickeln sie jedoch eine besondere Stärke durch ihren Zusammenschluss. Ausgehend von dieser Gemeinschaft der Betroffenen intervenieren die Selbstorganisationen in die nationale Dominanzgesellschaft. Die Jugendlichen zielen darauf ab, ihre Position zu verbessern, Rechte durchzusetzen und gewährt zu bekommen, und stellen zugleich das Regime der Entrechtung insgesamt infrage. Wesentliche Aspekte sind hierbei die Organisation und Verteidigung betroffener Communitys, die Schaffung relativ sicherer und autonomer Räume, die Selbstbestimmung und -repräsentation von migrantischen Jugendlichen und die Artikulation ihrer Anliegen in öffentlichen Räumen. Gemeinsam ist den Gruppen außerdem ihr ambivalentes Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, wobei sich ihre Strategien zwischen Kooperation und Konflikt, zwischen Partizipation und Widerstand bewegen.

Doch wie gelingt es den Jugendlichen, sich selbst zu organisieren und in die Gesellschaft einzugreifen – ausgehend von ihrer gesellschaftlichen Lage, die in unterschiedlichen Disziplinen als Position „schwacher Interessen“ (Willems/Winter 2000; Mikuszies et al. 2010) oder als radikale soziale Exklusion (Agamben 2002; vgl. Schulze Wessel 2017: 55ff.) beschrieben wird? Wie können sie in Herrschaftsverhältnissen, die sie besonders betreffen, politische Praxen entwickeln, die sich gegen jene Verhältnisse richten und die sich zugleich auf etwas ‚Besseres‘ berufen? Und was kann die Gesellschaft von diesen Kämpfen migrantischer Jugendlicher lernen? Wie können politische Subjektivität und Demokratie ausgehend von Auseinandersetzungen um Migration und Grenzen neu gedacht werden? Um diesen Fragen nachzugehen, verknüpfe ich die Analyse migrantischer Kämpfe mit Ansätzen radikaler Demokratie: Erstens wurden im Rahmen von zwei Fallstudien durch qualitative Methoden sozialwissenschaftlicher Migrationsforschung empirische Daten erhoben und ausgewertet; zweitens wurde unter Bezug auf die Arbeiten von Jacques Rancière, Étienne Balibar, Chantal Mouffe und Ernesto Laclau eine Theorie erarbeitet, die ein analytisches Prisma für die Fallstudien bietet und die zudem ausgehend von diesen weiter entwickelt wird. Ein solches Verhältnis von Fallstudien und Theoretisierung reflektiert Michael Burawoy (1991: 5; vgl. 1998), wenn er das Anliegen beschreibt, nicht nur etwas *über*, sondern *von* den Subjekten und Objekten der Forschung zu lernen: „We are interested not only in learning *about* a specific social situation, [...] but also in learning *from* that social situation.“ In diesem Buch wird das spezielle Erkenntnisinteresse in Bezug auf die politischen Selbstorganisationen migrantischer Jugendlicher also verbunden mit einem allgemeinen Interesse an Demokratie- und Gesellschaftstheorien, ohne jedoch das eine oder das andere zu privilegieren. Empirie und Theorie treten hierbei in einen Dialog und informieren sich wechselseitig.

Neben den eingangs beschriebenen migrantischen Kämpfen verfolgt das Buch somit auch ein weitergefasstes theoretisches Erkenntnisinteresse. „Wo es Macht gibt,

gibt es Widerstand“, schreibt Foucault in *Der Wille zum Wissen* (1983: 96) und weist mit diesem Satz auf den Kern seiner Analytik der Macht sowie allgemein auf das Potenzial von gesellschaftlicher Veränderung und Alternativen. Und doch sind seine Arbeiten vor allem Analysen der Strukturen von Macht und weniger von Widerstand sowie den Möglichkeitsräumen, eben nicht jenen zu entsprechen, „nicht dermaßen regiert zu werden“ (1992a: 12, 52f.), sondern über die bestehenden Verhältnisse hinauszugehen und diese zu verändern. In *Das Subjekt und die Macht*, einem der späteren Texte von Foucault, unterscheidet er die Perspektive einer Geschichte der Widerstände und Kämpfe von einer der Machtdispositive (1994: 260). Während Erstere sein Erkenntnisinteresse angeleitet haben mag, findet sich jedoch wenig zu diesen Kämpfen in seinen Texten (Lemke 1997: 111ff.; vgl. Schwiertz 2011; Schubert 2018). Im Anschluss an Foucault setzt unter anderem Judith Butler mit *Psyche der Macht* (2008) an dieser Leerstelle an, doch auch ihr gelingt es nur in Teilen, sie zu überbrücken. Wieder zwei Schritte zurück in der Theoriegeschichte, zeigt sich eine ähnliche Tendenz bei Karl Marx, für den Kämpfe ebenfalls zentral sind. Dies veranschaulicht eine Szene, die der zeitgenössische Journalist John Swinton (1880) beschreibt: Als dieser Marx 1880 besucht, stellt er ihm bei einem gemeinsamen Abendspaziergang am Strand die fundamentale Frage „*What is?*“ – worauf Marx antwortet: „*Struggle!*“ Dennoch beschreibt er, insbesondere in seinem wissenschaftlichen Hauptwerk *Das Kapital* (Marx 2007), nur vereinzelt Kämpfe und Widerstand und entwickelt vor allem eine kritische Theorie von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen. Im begrenzten Rahmen dieser Arbeit möchte ich daher einen Beitrag leisten, um den Abstand zum bereits reichhaltigen Wissen über Macht und Herrschaft ein Stück zu verringern, indem die Analyse der Möglichkeiten und Perspektiven von Kämpfen erweitert wird.

Ein Ausgangspunkt ist daher die Frage, auf welche Weise angesichts gegebener Macht- und Herrschaftsverhältnisse Widerstand in diesen und gegen diese möglich wird. In welcher Form können Kämpfe entstehen, ohne determiniert zu sein und das Bestehende bloß zu reproduzieren? Wie können Subjekte entstehen, die nicht doch nur die bereits in herrschenden Verhältnissen vorgesehenen Subjektformen und -positionen ausfüllen? Wie können angesichts von Vereinzelung und Konkurrenz neue Formen des Gemeinsamen hervorgebracht werden? Die Ansätze radikaler Demokratietheorie bieten hier einen wichtigen Ausgangspunkt. Mit ihnen lässt sich das „Politische“ als fundamentale Kontingenz und Konflikthaftigkeit entgegen der bestehenden „Politik“ neu denken (Bedorf/Röttgers 2010). Sie eröffnen zudem einen positiven Bezugspunkt, indem sie das Demokratische losgelöst von bestehenden Demokratieregimen konzipieren. Demokratische Praxen ermöglichen in diesem Sinne nicht nur Widerstand, sondern eine Aktualisierung der Prinzipien von „Gleichheit“ (Rancière 2002: 44), „Gleichheit und Freiheit“ (Laclau/Mouffe 2006: 196) sowie „Gleichfreiheit“ (Balibar 2012). Sowohl in der empirischen Forschung zu migrantischen Kämpfen als auch in der Rekonzeptualisierung radikaler Demokratietheorie ist daher die Frage leitend, wie Widerstand sowie Anders-Handeln denkbar und möglich werden können.

Die folgende Untersuchung von Kämpfen begreift diese zudem nicht isoliert, sondern im Zusammenhang einer konflikt- und machtsensiblen, herrschaftskritischen Gesellschaftstheorie (vgl. Bonacker 2005; Jaeggi/Wesche 2009; Marchart 2013). Die Analyse politischer Selbstorganisation zeigt hierbei, wie migrantische Jugendliche sich trotz ihrer sozialen Position der Entrechtung ein *Recht auf Rechte* (Arendt 2011) erstreiten und dabei zugleich neue Sichtweisen des Demokratischen eröffnen.

1. KÄMPFE IM UND GEGEN DAS MIGRATIONSREGIME IN DEUTSCHLAND UND DEN USA

Als migrantische Jugendliche sind die Akteur_innen der hier untersuchten Selbstorganisierungen Subjekte, die gegenwärtig auf besondere Weise gesellschaftlich problematisiert werden. Einhergehend mit einer Transformation der nationalstaatlichen Weltordnung in den letzten Jahrzehnten und dem Ende des Ost-West-Konflikts ist Migration zu einem zentralen Gegenstand von Sicherheitsdiskursen sowie der Reproduktion nationalstaatlicher Grenzziehungen geworden (Sassen 1996; Wimmer/Glick Schiller 2002). Vielschichtige Globalisierungsprozesse gehen seit Ende des 20. Jahrhunderts mit neuen Ängsten und Feindbildern einher, die sich auf Mobilität beziehen und in Begriffen von Terrorismus, Kriminalität und illegaler Migration gefasst werden. Zu ‚Anderen‘ werden somit weniger Nationalstaaten, sondern soziale Gruppen, die als mobile Bedrohungen gesehen werden (Walters 2011: 305f., 319; vgl. Balibar 1992). Die zunehmende Deterritorialisierung und Internalisierung von Grenzen ist dabei auch eine Reaktion auf beschleunigte Mobilität und Migrationsbewegungen: Die Grenzen werden selbst mobil. Die zunehmende Problematisierung von Migration als Bedrohung öffentlicher Sicherheit und nationaler Identität führt nicht nur zu Forderungen und Initiativen, die auf eine Verschärfung der Kontrollen an Außengrenzen und über diese hinaus abzielen. Vielmehr werden Migrant_innen zunehmend im Inneren der Nationalstaaten ins Visier der Kontrollen genommen. Sie sind wesentlicher Teil einer „Wiederentdeckung der gefährlichen Klassen in der Innen- und Sozialpolitik“ (ebd.: 320), wobei es in den letzten Jahrzehnten zu Dynamiken von sozialer Panikmache und staatlichen Verschärfungen der Migrationspolitik gekommen ist. Vor allem die Entwicklungen der 2010er Jahre können als „Rückkehr des Nationalen“ diskutiert werden, die sich sowohl in Deutschland mit Pegida und der AfD als auch in den USA mit Donald Trump als anti-migrantische Bewegung artikuliert (Kasperek et al. 2017). Es ist allerdings wichtig anzumerken, dass Abschiebungen und Inhaftierungen in den USA bereits unter Präsident Obama immens ausgeweitet wurden und dass auch der Rassismus in Deutschland nicht plötzlich entstanden ist, sondern sich aktuell eher eine neue Artikulation und Mobilisierung beobachten lässt.

„Kämpfe der Migration“ (Bojadžijev 2012; Ataç et al. 2015) stehen in einem antagonistischen Verhältnis zu Migrationsregimen im globalen Norden und stoßen wiederholt deren Wandel an. In Europa und den USA zeichnet sich eine tendenzielle Verschiebung hin zu einer neoliberalen Politik des „Migrationsmanagements“ ab, die die Nützlichkeit spezifisch qualifizierter Migrationen hervorhebt und entsprechend selektive Zuwanderungsmöglichkeiten und beschränkte Aufenthaltsrechte vorsieht (vgl. Georgi 2007; Geiger/Pécoud 2010). Während die USA seit Längerem als klassisches Einwanderungsland gelten, wird zunehmend auch Deutschland als Migrationsgesellschaft bzw. ‚postmigrantische Gesellschaft‘ beschrieben (Foroutan 2016; Espahangizi et al. 2016; Pott et al. 2018). Die Prekarisierung des Aufenthaltsstatus sowie die Illegalisierung als am weitesten gehende Entrechtung bleiben jedoch zentrale Regierungstechnologien der Migrationspolitik. Durch „differentielle Inklusion“ in Aufnahmegeellschaften werden Migrant_innen nicht gänzlich ausgeschlossen, aber auf einen untergeordneten Platz verwiesen und zu entrechteten Subjekten gemacht (Mezzadra/Neilson 2014; 2013; vgl. De Genova 2002; Kofman 2008; Karakayali 2008). Auch

wenn somit Gelegenheitsstrukturen und Ansatzpunkte für (pro-)migrantische Bewegungen in den USA und Deutschland bestehen, sind beide Gesellschaften tief von einer anti-migrantischen Hegemonie geprägt (Gonzales 2014; Schwiertz/Ratfisch 2017): Die Möglichkeit der Entrechtung und Abschiebung von Nicht-Staatsbürger_innen ist in Zivilgesellschaft und Staat weitgehend Common Sense, auch wenn abgestuft Rechte zugesprochen werden. So erscheinen Figuren ‚guter‘ bzw. ‚nützlicher‘ Migration als Ausnahmen, durch die die Regel der Problematisierung von Migration bestätigt wird. Hiermit eng verknüpft sind Rassismen, die die gesamte Gesellschaft durchziehen, die sich in staatlichen Institutionen verdichten und von diesen vorangetrieben werden. Migrantische Jugendliche befinden sich somit in einer Lage, in der ihnen Aufnahmegesellschaften strukturell feindlich gegenüberstehen.

In herrschenden Diskursen werden Migrant_innen meist als Opfer und/oder als Kriminelle vorgestellt, nicht aber als politische Subjekte (vgl. Bojadžijev/Karakayalı 2007: 206). Durch ihre Selbstbeschreibungen und Interventionen demonstrieren migrantische Selbstorganisationen in Europa und den USA dennoch oftmals das Gegenteil. Dieses Spannungsverhältnis verdeutlicht unter anderem die Initiative *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG), die 2005 in Deutschland gegründet wurde und deren politische Praxis ich in der einen Fallstudie aufgreife. Der bundesweite „Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen“ folgt in seiner Arbeit „dem Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine ‚stellvertretende Betroffenen-Politik‘ benötigen“ (JoG o. J. a). Mit der Forderung nach umfassender Gleichberechtigung bestehen die Aktivist_innen von JoG auf ihr Recht, Rechte zu beanspruchen und wehren sich gegen einen entmündigenden Opferstatus. Zum einen stellen sie die demokratische Form der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der institutionalisierten Ausgrenzung infrage, zum anderen kann der von ihnen geführte Kampf für Rechte mit einer anderen Vorstellung von Demokratie verbunden werden. Durch Konferenzen, Demonstrationen und Aktionen schaffen JoG eine Bühne, auf der sie das ihnen zugefügte Unrecht darstellen und sich zugleich als politische Subjekte mit Rechten konstituieren. In der anderen Fallstudie analysiere ich die politische Praxis der Bewegung undokumentierter Jugendlicher, die Anfang der 2000er Jahre in den USA entstanden ist. Hierbei fokussiere ich die *Immigrant Youth Coalition* (IYC, gegründet 2011) sowie die *California Immigrant Youth Justice Alliance* (CIYJA, gegründet 2013), die zu den bedeutendsten Selbstorganisationen von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Kalifornien zählen und prägend für die Neuausrichtung der Bewegung in den 2010er Jahren gewesen sind. Sie engagieren sich vor allem gegen Kriminalisierung und für die Selbstverteidigung, Organisation und das Empowerment entrechteter Jugendlicher. Dies zeigt sich deutlich im Slogan ‚undocumented and unafraid‘, mit dem sich die Jugendlichen als undokumentiert ‚outen‘ und sich zugleich als politische Aktivist_innen konstituieren. Im Mittelpunkt beider Fallstudien stehen somit politische Selbstorganisationen von Migrant_innen, die sich explizit gegen ihre Entrechtung wehren.

Der Begriff Selbstorganisation bezeichnet in diesem Zusammenhang den eigenständigen Aufbau von politischen Initiativen durch eine soziale Gruppe, die aufgrund der von ihr erfahrenen Diskriminierung aktiv wird (vgl. Odugbesan/Schwiertz 2018: 186). Neben alltäglichen Formen der Selbstverteidigung und -organisation untersuche ich mit den Fallstudien in diesem Buch vor allem eine Form der politischen Selbstorganisation, die relativ institutionalisiert und strategisch auf öffentliche Wahrnehm-

barkeit ausgerichtet ist. Migrantische Selbstorganisation kann hierbei von pro-migrantischer Organisation unterschieden werden, wobei sich beide Formen empirisch überschneiden und verbinden (vgl. Schwenken 2006: 71f.). Pro-migrantische Organisation setzt sich für Migrant_innen ein, wobei die leitenden Akteure überwiegend keine Migrationsgeschichte, einen sicheren Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft haben. Hierzu können neben Non-Profit-Organisationen, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften auch ehrenamtliche Initiativen und linke anti-rassistische Gruppen gezählt werden. In migrantischen Selbstorganisationen sind die maßgeblich handelnden Akteure dagegen direkt betroffen, da sie als Migrant_innen in Aufnahmegeellschaften marginalisiert und entrechtet werden: „Critically, they identify issues that they themselves consider a priority and decide how to shape and articulate demands on their own.“ (Odugbesan/Schwiertz 2018: 186) Da Migration jedoch im Zusammenhang gesellschaftlicher Machtverhältnisse entsteht, lassen sich migrantische und nicht-migrantische Positionen kaum einheitlich voneinander unterscheiden (vgl. Bojadžijev 2012; Mecheril et al. 2013). In Migrationsgesellschaften bzw. postmigrantischen Gesellschaften sind zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse auch dann von Migration geprägt, wenn sie nicht in erster Linie von Migrant_innen organisiert werden. In den USA findet der Begriff von Selbstorganisation zudem kaum Verwendung. Dessen Bedeutung ist dort bereits im Konzept des *Organizing* aufgehoben, das auf die kollektive Ermächtigung einer sozial marginalisierten Gruppe und dadurch immer schon auf eine Form der *Selbstorganisation* abzielt (vgl. Schutz/Sandy 2011: 11f.).¹

Im Folgenden gebe ich zunächst einen Überblick über die vorhandene Literatur zu migrantischen Kämpfen und Demokratie, bevor ich hiervon ausgehend meinen Ansatz einer Verknüpfung von Empirie und Theorie begründe, die zentrale Fragestellung dieser Arbeit herleite und das Forschungsdesign sowie die Gliederung vorstelle.

-
- 1 Das Konzept des *Community Organizing* wurde in den 1930er Jahren prominent von Saul Alinski in Chicago vertreten und baut auf verschiedenen Formen des politischen Aktivismus und der gewerkschaftlichen Organisation auf (vgl. McAlevey 2016: 28, 40ff.). Mit dem Begriff des *Grassroots Organizing* wird die Selbstorganisation ‚von unten‘ durch direkt Betroffene noch stärker betont. Wesentliche Elemente von „grassroots community organizing“ sind Melvin Delgado und Lee Staples (2008: 18) zufolge die Selbstbestimmung, der kollektive Zusammenschluss und die Anleitung durch Betroffene selbst. Der *Organizing*-Begriff hängt eng zusammen mit der Tradition sozialer Bewegungen in den USA, in der die eigenständige Initiative von marginalisierten Gruppen präsenter ist und daher nicht durch eine Bezeichnung als *Selbstorganisation* hervorgehoben werden muss. Durch diese spezifische Tradition ist der US-amerikanische Begriff des *Community Organizing* bestimmter (siehe Schutz/Sandy 2011: 31ff.) als der weniger ausgearbeitete deutsche Begriff der Selbstorganisation. Um diese Bedeutung in den deutschen Sprachraum zu übertragen und die Fallstudien aufeinander zu beziehen, verwende ich für alle untersuchten Gruppen den Begriff der Selbstorganisation, wobei die Bedeutung des US-amerikanischen *Organizing*-Ansatzes hier mitgedacht wird. Zudem zielt der Begriff *Selbstorganisation* darauf ab, anstatt eines verdinglichenden Begriffs der Organisation die Praxen des Organisierens zu betonen.